

# STELLUNGNAHME ZUR ANHÖRUNG AM 2. NOVEMBER 2021

## ZUM ANTRAG „BELASTUNGEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ENDLICH ERNST NEHMEN“ DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DRUCKSACHE 17/13775)

*Kindern und Jugendlichen muss in der Pandemie Gehör verschafft werden!*

Der Landesjugendring NRW bedankt sich für die Einladung zur Anhörung des Ausschusses Familie, Kinder und Jugend in Nordrhein-Westfalen sowie für die Möglichkeit, schriftlich Stellung zu beziehen. Einige der in der Drucksache erwähnten Formen der Belastungen verstehen wir als eine direkte oder indirekte Form von Gewalt. Das Engagement, Kinder und Jugendliche vor jeglicher Gewalt zu schützen, ist elementarer Bestandteil des Selbstverständnisses von Jugendverbänden und Jugendringen. Insofern begrüßt der Landesjugendring NRW den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen sehr.

Als Arbeitsgemeinschaft der landesweit tätigen Kinder- und Jugendverbände haben wir seit dem Beginn des ersten Lockdowns auf Belastungen von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht. Eltern erzählen uns von psychischen Belastungen ihrer Kinder, die am Morgen nicht mehr aufstehen möchten, Jugendliche erzählen uns von ihren großen Sorgen um ihre gleichaltrigen Freund\_innen, die massive Essstörungen entwickelt haben. Ehrenamtliche erzählen uns, wie der „Ort“ Jugendverband mit seinen Gruppenstunden und den zwischendurch möglichen Sommerferienmaßnahmen einen Anker bot und die Sehnsucht nach Kontakten und Normalität stillte.

Im Rahmen der sogenannten FAQ-Runde mit dem MKFFI übersetzen wir als Teil des Arbeitskreises G5 die Coronaschutzverordnung in eine praktisch anwendbare Liste von oft gestellten Fragen für das Feld der Jugendarbeit in NRW. Hier haben wir auch auf die fehlende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen in der Corona-Pandemie aufmerksam gemacht. Auch wir sehen uns bis heute nicht ausreichend gehört.

Der Landesjugendring NRW e.V. begrüßt deshalb den Antrag „Belastungen von Kindern und Jugendlichen endlich ernst nehmen“ der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 17/13775. Wir teilen die Auffassung, dass seit Beginn der Corona-Pandemie Kinder und Jugendliche politisch vor allem als Schüler\_innen oder Kita-Kinder gesehen werden. Ohne Möglichkeiten, sich impfen zu lassen, verzichten Kinder und Jugendliche seit mehr als 1,5 Jahren auf Kontakte zu Gleichaltrigen, die für ihre geistige, körperliche und soziale Entwicklung unabdingbar sind.

Erst nach den Sommerferien 2021 gab es eine große öffentliche Debatte über fehlende Impfmöglichkeiten für Kinder und unter 16-Jährige und eine stärkere Aufmerksamkeit für gesundheitliche Gefahren einer Covid-19-Erkrankung auch für Kinder und Jugendliche.

## Stellungnahme zur Anhörung

**ZUM ANTRAG „BELASTUNGEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN  
ENDLICH ernst NEHMEN“ DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
(DRUCKSACHE 17/13775) vom 2. November 2021**

Die Pandemie hat nicht nur gezeigt, dass Kinder und Jugendliche beim digitalen Lernen und Arbeiten nicht ausreichend mitgenommen werden, es zeigen sich auch gesundheitsgefährdende Aspekte. Für Kinder unter 12 Jahren ist bis zum heutigen Tag kein Impfstoff gegen das Coronavirus zugelassen, was in dem Antrag unseres Erachtens nach nicht ausreichend problematisiert wird. Die Auflagen zur Beschränkung sozialer Kontakte haben nachweislich einen besonders negativen Einfluss auf Kinder und Jugendliche, die in ihrer Entwicklung auf den Kontakt mit Gleichaltrigen angewiesen sind. Obwohl dies bekannte Tatsachen sind, kommt Kindern und Jugendlichen keine Priorität zu, wenn Impfungen entwickelt und eingesetzt werden. Kinder und Jugendliche werden nur in dem Rahmen berücksichtigt, der berufstätige Erziehungspersonen entlastet.

Im Folgenden nehmen wir Stellung zu ausgewählten Forderungen des Antrages.

### **Zur Forderung 1: „... eine Befragung unter Kindern und Jugendlichen zu beauftragen, um mehr über die aktuelle Situation junger Menschen und ihre Bedarfe zu erfahren.“**

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft der Kinder- und Jugendverbände in NRW, in denen mehrere Millionen Kinder und Jugendliche aktiv sind. Vor Ort gibt es viele Erfahrungen, wie Kinder und Jugendliche die aktuelle Situation erleben und was sie brauchen. Unsere Untergliederungen stehen in engem Austausch mit Kindern und Jugendlichen und haben oft über viele Jahre vertrauensvolle Beziehungen und Einblicke in ihr Leben und ihre Familien. Wir stellen diese Expertise gerne zur Verfügung.

Einen Teil unserer Forderung nach einer Jugendstrategie bilden regelmäßige 1.000-Stimmen-Befragungen junger Menschen sowie Jugend-Hearings. Solche Befragungen junger Menschen sehen wir als eine sinnvolle Ergänzung zum strukturellen Handeln in ihrem Interesse an. Zu diesem Handeln zählen wir z.B. gewählte Gremien in den Strukturen der Jugendverbandsarbeit sowie politisches anwaltschaftliches Handeln für die Belange von Kindern und Jugendlichen. Das Internet und insbesondere soziale Medien müssen hier als wichtige Orte der Meinungsbildung und politischen Teilhabe für junge Menschen berücksichtigt werden.

Ebenso fordern wir regelmäßige Jugendmonitorings. Ein Jugendmonitoring liefert Daten zur Lage von Kindern und Jugendlichen, ähnlich dem Kinder- und Jugendbericht, der einmal pro Legislatur und damit zu selten veröffentlicht wird, um auf die Bedarfslagen von Kindern und Jugendlichen reagieren zu können. In NRW wird die Entwicklung eines solchen vom Landesjugendring NRW in Anknüpfung an die Empfehlung des Bundesjugendkuratoriums vorgeschlagenen Jugendmonitorings vorangetrieben. Es soll Entscheidungsträger\_innen durch subjektorientierte Forschung Wissen über die Perspektive junger Menschen zur Verfügung stellen. Zudem werden bestehende, auf digitaler Basis funktionierende Instrumente im Hinblick auf eine Nutzung in NRW näher betrachtet. Im Kontext einer Jugendstrategie soll ein Jugendmonitoring allgemein dazu dienen, Informationsbasis zu sein sowie regelmäßig und verlässlich (subjektive) Perspektiven von Jugendlichen und jungen Erwachsenen abzubilden. Es geht nicht darum, ihre Lebenslagen zu erfassen (wie Armutsgefährdung, mangelnde Gesundheit o. Ä.), sondern ihre Einstellungen und Orientierungen, Handlungsmuster und Strategien im Licht ihrer jeweiligen Lebenssituationen. Das Instrument des Jugendmonitorings begreifen wir als Instrument Einmischender Jugendpolitik.

Insofern begrüßen wir den Vorschlag einer einmaligen Befragung, empfehlen allerdings, dieses Instrument verbindlich und regelmäßig anzuwenden.

## Stellungnahme zur Anhörung

**ZUM ANTRAG „BELASTUNGEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ENDLICH ernst NEHMEN“ DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DRUCKSACHE 17/13775) vom 2. November 2021**

### **Zur Forderung 7: „... einen Stufenplan für Präsenzangebote in der Kinder- und Jugendarbeit, sowohl für offene Angebote, als auch für die Jugendverbandsarbeit, zu entwickeln.“**

Wir unterstützen die Forderung und ergänzen: Wir brauchen Planbarkeit, um Kindern und Jugendlichen diese Angebote zu ermöglichen.

### **Zur Forderung 8: „... pandemiegerechte Freizeitangebote wie Sportkurse oder Jugendtreffs im Freien zu ermöglichen und finanziell zu fördern.“**

Seit Beginn der Pandemie reagiert die Jugendverbandsarbeit flexibel auf aktuelle Bestimmungen und Regeln zur Eindämmung der Pandemie. Neue Angebote unter neuen Bedingungen mit hohen Qualitätsstandards zu entwickeln und umzusetzen, ist mit einem zeitlichen sowie finanziellen Mehraufwand verbunden. Wir stehen ebenfalls vor der Herausforderung, mehr Angebote bereitzustellen, damit wir einerseits in kleineren Gruppen Aktionen anbieten und andererseits alle Interessierten versorgen können. Die Pandemie erfordert hier auch Umstellungen, bezogen auf Technik, Methoden etc. Diese Investitionen können auch nach der Pandemie zum Einsatz kommen, deshalb ist der Mehraufwand gut investiert. Wir begrüßen den Ansatz, dieses Engagement zu stärken und Kindern und Jugendlichen sichere Räume für ihre Entfaltung und ihr soziales Miteinander zu ermöglichen.

### **Zur Forderung 9: „... zusätzliche Programme für Kinder-, Jugend- und Familienfreizeiten aufzulegen“**

Auch diese Forderung unterstützen wir. Wir machen momentan durch das Programm „Aufholen nach Corona“ positive Erfahrungen mit der Möglichkeit, Teilnahmebeiträge zu reduzieren. Auch die simple Möglichkeit, in einer gemeinsamen Aktivität zusammen zu kochen oder zu essen, ist für viele Kinder und Jugendliche elementar: Eine aktuelle Studie zu Ernährungsarmut von Kindern von Hartz IV-Empfänger\_innen in der Pandemie von Dr. Hans Konrad Biesalski, Universität Hohenheim zeigt: „Die SARS-CoV-2-Pandemie hat zu langanhaltenden Beschränkungen geführt, die vor allem Kinder in armen Familien besonders betrafen. (...) eine unzureichende Ernährung hat Folgen für die Kinder. Letzteres wird aber bisher übersehen, da schwer vorstellbar. Kinder aus armen Verhältnissen sind bereits vor den Schließungen der Schulen und damit auch der Schulumenschen in vielen Fällen nicht ausreichend ernährt. Eine gesunde Ernährung, wie sie Kinder vor allem in den Entwicklungsphasen brauchen, kann mit den verfügbaren Mitteln des ALG II nicht finanziert werden. Kommt eine Lockdown-Situation dazu, so wird der finanzielle Rahmen für Lebensmittel noch enger und die ausfallende Schulverpflegung verschärft die Situation einer Mangelernährung bei Kindern aus armen Verhältnissen. In Deutschland sind dies derzeit 21 %, die vorwiegend bei alleinerziehenden Müttern (53 %) leben. Die Folgen sind auch in Deutschland sichtbar, Wachstumsverzögerung und eingeschränkte kognitive Entwicklung.“<sup>1</sup>

### **Zur Forderung 12: „... neue Formate für mehr Beteiligung junger Menschen zu entwickeln und ihre Erfahrungen und Bedarfe in alle Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie einzubeziehen“**

Wir begrüßen die geforderte Stärkung von Räumen non-formaler Bildung, die für Kinder und Jugendliche Zufluchtsorte, Freiräume, Bildungsorte und Räume persönlicher Entwicklung sind.

<sup>1</sup> Download: <https://www.thieme-connect.com/products/ejournals/pdf/10.1055/a-1553-3202.pdf>

## Stellungnahme zur Anhörung

**ZUM ANTRAG „BELASTUNGEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ENDLICH ernst NEHMEN“ DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DRUCKSACHE 17/13775) vom 2. November 2021**

Wir brauchen aber nicht nur neue, sondern bessere Formate, die strukturell verankert sind. Deswegen fordern wir eine Jugendstrategie auf Landesebene, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen systematisch in politischem Handeln abbildet.

Diese Forderung ist relevant für die Gesamtgesellschaft: Die psychischen Folgen der Pandemie und ihrer Beschränkungen für junge Menschen sind noch nicht in Gänze absehbar und betreffen am Ende alle. Schon jetzt und ohne Pandemie ist klar: Wenige junge Menschen werden in der Zukunft eine immer ältere Gesellschaft versorgen müssen. Diese wichtige Generation von Kindern und Jugendlichen hat nun erhebliche Hürden, gesund aufzuwachsen. Es geht nicht nur um Feiern und Geburtstage, die für Kinder wie Erwachsene ausfallen und traurig machen. Es geht um prägende Erfahrungen, Erinnerungen und Entwicklungsschritte, die nicht nachgeholt werden können. Kinder und Jugendliche erlernen spätestens ab dem 13. Lebensjahr vorrangig in der Peer-Group, also mit Gleichaltrigen, soziales Verhalten. Kleinkinder aktivieren durch Kontakt zu Gleichaltrigen gar erst wichtige Spiegelneuronen. 28 % der Bevölkerung NRWs sind über 60 Jahre alt, Tendenz steigend.<sup>2</sup> Als immer älter werdende Gesellschaft sind wir angewiesen auf junge Menschen, die diese Gesellschaft in Zukunft tragen. Ihre gesunde Entwicklung sicherzustellen, sollte eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe sein.

### **Zur Forderung 13: „...ein NRW-Zukunftsfonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen zu initiieren, der vom Land und den Kommunen getragen wird.“**

Wir unterstützen diese Forderung. Das Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ kann nur ein Anfang sein. Eine demokratische Gesellschaft ist eine, in der sich junge Menschen sinnstiftend einbringen können und die positive Erfahrung machen, dass sie etwas bewirken können. Sie müssen im konstruktiven Sinne Macht haben. Sie benötigen Ressourcen, so dass sie nicht strukturell ausgeschlossen sind und ihre Meinung nicht zufällig nachträglich angehört wird, sondern in der sie von vorherein strukturell beteiligt sind.

### **Rechtliche Grundlagen für die stärkere Berücksichtigung der Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in der Krise**

Wie Kinder und Jugendliche in der Pandemie in NRW aufwachsen, bedingt ihr gutes Aufwachsen. Das wird in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen sichtbar, von denen der Antrag als auch wir an dieser Stelle einige aufgezeigt haben. Es ist deswegen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Wege zu finden, Kinder und Jugendliche zu beteiligen sowie Entscheidungen auf Augenhöhe zu treffen, die die Zukunft unserer Gesellschaft betreffen. Zudem ist es die Aufgabe der Entscheidenden, die Interessen von Kindern und Jugendlichen überall dort sichtbar zu machen und zu vertreten, wo sie sie selbst nicht vertreten können. Von der UN-Kinderrechtskonvention über das SGB VIII bis hin zum 3. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz in NRW gibt es Bestimmungen, die Entscheidungsträger\_innen (insbesondere in der Verwaltung) darin bestärken müssten, das „best interest of the child“ in ihre Entscheidungen mit einzubeziehen. Dass dies häufig nicht oder nicht ausreichend geschieht, liegt möglicherweise an fehlenden Kenntnissen und Instrumenten, um einen solchen Abwägungsprozess anzustoßen und dabei junge Menschen mit einzubinden.

---

<sup>2</sup> <https://www.it.nrw/28-prozent-der-bevoelkerung-nrw-sind-60-jahre-oder-aelter-101753>

## Stellungnahme zur Anhörung

**ZUM ANTRAG „BELASTUNGEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN  
ENDLICH ernst NEHMEN“ DER FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
(DRUCKSACHE 17/13775) vom 2. November 2021**

Damit notwendige Kenntnisse gewonnen und Instrumente eingesetzt werden können, fordert der Landesjugendring NRW eine landesweite Jugendstrategie als strukturelle Verankerung Eigenständiger und Einmischender Jugendpolitik.

*Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft der derzeit 25 auf Landesebene anerkannten Jugendverbände in Nordrhein-Westfalen. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.*